

Empfehlung des Haushaltsausschusses zum Antrag „Postkoloniale Gegenwart“ der FS Politik und Soziologie

Der Haushaltsausschuss hat in seiner vierten ordentlichen Sitzung am 14.04.2017 über den Antrag „Postkoloniale Gegenwart“ der Fachschaften Politikwissenschaften und Soziologie beraten und eine Beschlussempfehlung abgegeben:

Der Antrag von den Fachschaften Politik und Soziologie „Postkoloniale Gegenwart“ über 1793,50€ wird dem StuPa mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und keinen Enthaltungen zum Beschluss empfohlen und zur weiteren Diskussion überwiesen.

Begründung:

Die Höhe der beantragten Summe ist in der Anzahl an Vorträgen und Aktionen begründet. Wie die Kostenaufstellung belegt, übersteigen einzelne Kostenpunkte nur in zwei Fällen den sonst üblichen Finanzierungen. Der erste Kostenpunkt liegt im einmal erhöhten Honorar in Höhe von 200 €, statt vergleichsweise 150 € Honorar für andere Referent*innen. Die Differenz ergibt sich jedoch aus den Reisekosten. Beanspruchen andere Referent*innen extra Reisekosten, so entfallen diese durch das erhöhte Honorar. Da sonst anfallende Anreisekosten voraussichtlich 50 € übersteigen, empfiehlt der Haushaltsausschuss das höhere Honorar in Höhe von 200 € zu beschließen.

Der zweite Kostenpunkt, Werbekosten, fällt ebenfalls höher aus, als er normalerweise genehmigt wird. Der Haushaltsausschuss hat sich jedoch mehrheitlich dafür ausgesprochen, auch diese Kosten zur Übernahme zu empfehlen, da das gesamte Projekt über einen längeren Zeitraum geplant ist und neben Vorträgen auch thematisch passende Filme anbietet. Beide Bestandteile bieten eine gute Ergänzung zueinander, bieten aber verschiedene Zugänge, wodurch unterschiedliche Personen angesprochen werden können. Es erscheint dem Haushaltsausschuss daher sinnvoll die Werbekosten höher anzusetzen um den Antragsteller*innen die Möglichkeit für mehr Individualität und verschiedene Werbung von Vorträgen, Filmen und dem gesamten Projekt zu bieten.

Mit freundlichen Grüßen

Niklas Barden

Vorsitzender des Haushaltsausschusses (59. Stupa)

Auszug aus dem Protokoll:

iii. *Titel Antrag Postkoloniale Perspektiven*

Vorstellung des Antrags:

Die Antragsteller möchten mit ihren Vorträgen eine Einführung in das Thema erreichen. Sie haben nach eigener Aussage zwei bundesweit bekannte und renommierte Forscher gewinnen können. Es werden kurz die anderen Referenten vorgestellt.

Die Reihe sei an alle gerichtet, aber wird vermutlich am ehesten Gesellschaftswissenschaftler anziehen.

Fragen zum Antrag:

Lennart fragt nach, weshalb sie gerade diese Filme als thematisch passend erachtet haben. Im ersten Film geht es um Reisende im Amazonas, welche einen Schamanen dort treffen. Vor allem wichtig sind dabei die Zustände der indigenen Völker im eben jenem Regenwald. Der zweite Film ist die Verfilmung eines Buches über Kolonialzustände in Afrika anhand von Archivbildern. Der dritte Film behandelt das Leben einer lesbischen, jungen, schwarzen Frau in Deutschland und ihre Schwierigkeiten.

Niklas merkt an, dass 200€ als Honorar in diesem Fall durchaus begründet sind. Es folgt eine kleine Diskussion, ob Werbekosten in Höhe von 200€ angebracht seien.

Philipp ist der Meinung, dass diese nicht angebracht seien. Man könne schließlich z.B. mehrere Veranstaltungen auf ein Plakat oder Flyer drucken. Werbekosten stiegen nicht proportional mit der Menge der Veranstaltungen. Lennart und Niklas widersprechen ihm. Die Kosten seien durchaus gerechtfertigt, da die Veranstaltungen über einen längeren Zeitraum geplant sind.

Philipp erfragt, in welchen Gebäuden die Veranstaltungen geplant seien und wie viele Teilnehmer erwartet würden.

Räume sind im Politik und Soziologie Gebäude gebucht. Ein Hörsaal würde um die 200-300 Leute fassen. Die Filmvorführungen sind in der Baracke geplant, in welche circa 50 Leute passen würden.

Charlotte fragt an, ob auch andere Förderer gesucht wurden. Dies ist nicht der Fall.

Kommentare zum Antrag: [keine]

Abstimmungsergebnis 146 (4/0/2) (Ja/Enthaltung/Nein)

Der Antrag von den Fachschaften Politik und Soziologie „Postkoloniale Gegenwart“ über 1793,50€ wird dem StuPa zum Beschluss empfohlen und zur weiteren Diskussion überwiesen.